

**Bezugs-Preis**  
Der Zeitung und deren Inhalt...  
Einzelhefte 10 Pf.  
Quartalspreis 30 Pf.  
Halbjahrspreis 60 Pf.  
Jahrespreis 1.20 Pf.  
Für den Ausland...  
Einzelhefte 15 Pf.  
Quartalspreis 45 Pf.  
Halbjahrspreis 90 Pf.  
Jahrespreis 1.80 Pf.

# Leipziger Tageblatt

und  
**Handelszeitung.**

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

**Anzeigen-Preis**  
Für die erste Zeile...  
Für die zweite Zeile...  
Für die dritte Zeile...  
Für die vierte Zeile...  
Für die fünfte Zeile...  
Für die sechste Zeile...  
Für die siebte Zeile...  
Für die achte Zeile...  
Für die neunte Zeile...  
Für die zehnte Zeile...

Nr. 359.

Dienstag 28. Dezember 1909.

103. Jahrgang.

## Das Wichtigste.

- Der Oberbürgermeister von Bromberg Knobloch ist zum Direktor (ersten Vizepräsidenten) des Sanjabundes gewählt worden. (S. 1. Sp. 1.)
- Das Kaputt werden über London große Diamantenfunde in der Kalahari gemeldet.
- Gegen den Prinzregenten Tschun von China wurde ein Attentat verübt. Prinz Tschun ist leicht verletzt. (S. 1. Sp. 1.)
- Bei der Sturmflutkatastrophe in Oporto haben auch die deutschen Dampfer „Sachsen“ und „Kektor“ ihren Untergang gefunden. (S. 1. Sp. 1.)
- Wie aus New York gemeldet wird, wütete im Osten der Vereinigten Staaten zwei Tage lang ein Schneesturm, wie er so häufig seit zwanzig Jahren nicht angetreten ist. In Chelsea und Passaic wurden durch die Sturmflut drei Personen getötet und 156 obdachlos. Die größte Schneehöhe betrug 22 Zoll. Aus Philadelphia wird gemeldet: In New York sind nach den bisherigen Berechnungen fünfzehn Personen dem Sturm zum Opfer gefallen. Der Gesamtverlust an Menschenleben ist noch nicht abzuschätzen. Der Eisenbahn-, Telephon- und Telegraphenverkehr ist gestört. (S. 1. Sp. 1.)

## Lehrfrüchte aus dem Kolonialetat.

Wir haben schon einmal gegenüber allerlei abfälligen Meinungen, die in einem Teil der Presse ausgetragen, darauf hingewiesen, daß der koloniale Gesamtetat für 1910 erhebliche Fortschritte in sich birgt und im ganzen genommen den Kolonialfreund befriedigen kann. Damit soll nicht gesagt sein, daß er übersichtlicher und für den gewöhnlichen Sterblichen verständlicher ist; gerade das Gegenteil scheint uns der Fall zu sein. Aber schließlich ist er auch nicht für die Allgemeinheit bestimmt, sondern für eine Gruppe von Lesern, die sich darin zurechtfinden oder doch zurechtfinden sollten. Nichtsdestoweniger würde es annehmbar empfunden werden, wenn bei der Erläuterung der einzelnen Positionen weniger mit Beweismitteln als mit tatsächlichen Angaben gearbeitet würde, denn das allzuvielen Hin- und Herbüffeln ist für das Studium des Etats außerordentlich störend.

Nun noch ein paar Punkte sachlicher Natur, die uns bei diesem Studium anfallen lassen.

Bei Ostafrika ist nicht dies zu erinnern, wenigstens ist es ohne nähere Unterleugung, wie sie den Militärs der Subkommission zur Verfügung stehen, sehr schwer, in alle Einzelheiten einzudringen. Es muß immerhin anerkannt werden, daß das läbliche Bestreben, Sparsamkeit walten zu lassen, in einer Reihe von Positionen hervortritt, wenigstens in der Militärverwaltung. Andererseits müssen wir, wie dies schon mehrmals geäußert ist, bei dieser Gelegenheit erneut darauf hinweisen, daß dieses Bestreben bei der Militärverwaltung zu vermissen ist. Es wird selbst von allen, erfahrenen Schutztruppenoffizieren anerkannt, daß den veränderten Verhältnissen bei der Abfertigung der Stellen nicht genügend Rechnung getragen wird. Es wären an diesen Stellen Offiziere überflüssig, denn es gibt keinen Grund, weshalb die Offiziere an den Stationen, die nicht zu den Stationen gehören, bei Licht bescheit, dort zu sein. Ihre Stellen werden lediglich aus alter Gewohnheit weiter besetzt. In früheren Zeiten, als der Stations- und Kompaniechef noch eine ganze Menge Verwaltungsarbeiten zu erledigen hatte und sich um die Kompanie kümmern konnte, war eine große Zahl von Offizieren ganz am Platze, denn es war natürlich ein unabweisbarer Zustand, daß oft und viel die Leute, statt ihre überaus wichtigen Funktionen auszuführen, Offiziersdiensten tun mußten. Heute ist das an den meisten Stellen anders geworden. Die Stationschefs sind von der Verwaltungsentlastet und wissen oftmals mit ihren Leuten schlechterdings nichts anzufangen. Es wäre also sehr zu empfehlen, daß ein einziger die Berechtigung der Offiziersstellen nachgeprüft würde. Dagegen wäre die Einschränkung der teuren Dienststellen sehr zu wünschen. Es geht dabei eine ganze Menge Geld darauf, und manchmal man diesen Meilen nur der Wunsch angurnde liegen, den man einmal bewilligten Etat auszubringen. Wir haben dabei ganz bestimmte Fälle im Auge, auf die gegebenenfalls zurückzukommen wäre.

Am Etat für Kamerun zu vermissen wir vor allem jede Andeutung, daß dem Projekt einer Südbahn irgendwie — durch Nachprüfung der durch die beteiligten Handelsfirmen veranlaßten Erläuterungen der Linie — näher getreten werden soll. Wie aus von verschiedenen zuverlässigen Seiten berichtet worden ist, hat Staatssekretär Dernburg den beteiligten Firmen in dieser Hinsicht ganz bestimmte Zusicherungen gemacht, und diese haben infolgedessen auf ihre Kosten das Bahnprojekt Kribi—Solobach erlauben lassen und etwa 80.000 A. dafür ausbezahlt. Nun soll ihnen jenseit und jenseit das dem Kolonialamt einzureichte Material zurückgefordert worden sein mit dem Bemerkten, daß die Regierung nicht daran denke, dem Projekt näher zu treten. Die Ansichten der von den Firmen des Südbahnbereichs seinerzeit angestellten ihres Vorprojektes einseitigen Mitteilung waren gar nicht so ausföhrlich, und sie haben diese Mitteilung seinerzeit nur eingestellt, weil ihnen bestimmt ausföhrlich war, daß man nach Bewilligung der Bahn Duala—Edea—Wibawa, die auf sich gemittelmäßig eine Konkurrenzlinie für die Südbahn bedeuete, auch dem Südbahnprojekt in verkehrter Form näher treten würde. Und nun werden sie kräftig abgewiesen. Man muß sagen, daß diese Politik der Kolonialverwaltung ziemlich unverständlich ist. Es ist den Südbahnen hiernach wirklich nicht zu verdenken, daß sie es ablehnen, die nächstliegende Bundesausstellung in Duala zu befechten, die doch in der Hauptstadt den Interessen der von Duala ausgehenden Dinsten dient und geeignet ist, den Nordbesitz auf Konto des Südbahnbereichs in den Vordergrund zu stellen. Dazu kommt, daß die Regierung immer noch nicht der Vertretung des Handels im Süden, der Handelskammer in Kribi, die Rechtsfähigkeit verliehen hat, mit der Begründung, daß der Vorsitzende der Kammer — kein Kaufmann sei. Nach Lage der Verhältnisse ist es aber immer der Kaufleute des Bezirks möglich, den

Vorfall zu übernehmen, die beteiligten Firmen haben daher den Rechtsanspruch Dr. Brande als Vorsitzenden gewählt, der ausföhrlich dem Gouverneur nicht sonderlich genehm ist, und den man nicht zum Willkürherrscher des Gouvernementsrates haben will, welche Würde dem Vorsitzenden der Handelskammer in Kribi, wenn sie rechtsfähig ist, zukommt.

Noch einen Posten vermissen wir im Kameruner Etat, nämlich die Mittel für die Anschaffung von Wanderlehrern, zu Kulturversuchen usw. Vor reichlich zwei Jahren wurde ein Ausfuhrzoll auf Reis (40 Pf. pro M) eingeführt. Die von den Handelsfirmen beantragten vorerwähnten Bedenken wurden seitens des Kolonialamtes durch die Ausföhrung zum Schweigen gebracht, daß die Regierung die Einnahmen zum Teil zugunsten des dadurch belasteten Handels verwenden werde. Und zwar in der Form, daß Wanderlehrer angestellt würden, die die Eingeborenen zu rationaler Bewirtschaftung des Reisfeldes anzuweisen hätten. Ferner durch regierungsseitig zu veranlassende Pflanzversuche. Die Regierung erhebt nun schon seit zwei Jahren den Ausfuhrzoll und hat schon Hunderttausende dafür vereinnahmt, aber von den verprochenen Geleistungen hat man nie wieder etwas gehört, obwohl Gouverneur Dr. Eich seinerzeit vor seiner Abreise in die Kolonie den Vertretern des Handels die Erfüllung jener Geleistungen nachdrücklich noch besonders bekräftigt hatte.

Dem Etat für Südwestafrika bezieht es, wie schon bei Besprechung der Eisenbahnbudgets betont, überaus sympathisch, daß die unerschöpflichen Vorkommen aus der Diamantenproduktion, von denen man nicht weiß, wie lange sie dauern werden, sofort zum großen Teil in den Besitz der Kolonie ein gutes Eisenbahngesetz zu schaffen, wie es British-Südwestafrika auch nicht viel besser hat. Die Kolonie kann Dornburg und ihrem Gouverneur dafür nur dankbar sein. Was wir aber an dem Etat beanstanden, ist die überaus unzulässige Dotierung der neu geschaffenen Gemeinden, und wir können nur wiederholen, was wir jähmt schon einmal gesagt haben, daß wir es für unstatthaft und fursichtlos halten, wenn der Kolonialrat, nur um einen geringfügigen Etat zu erzielen, auf Kosten der gefunden Entwicklung der jungen Gemeinden und damit der Wirtschaft des Landes sich seine eigene Finanzwirtschaft möglichst bequem einrichtet und es den Kommunen überläßt, sich den Kopf über die Beschaffung der notwendigen Gelder zu zerbrechen.

Besonders schmerzhaft wird es in der Kolonie empfunden, daß das von Dernburg bei seiner Anwesenheit in der Kolonie verbrochene Kreditversprechen immer noch nicht ins Leben gerufen ist. Um so mehr hätte man erwarten dürfen, daß von dem unerschöpflichen Gewinn aus der Diamantenproduktion ein Teil zur Unterhaltung notwendiger Farmer geschaffen worden wäre. Da den Leuten noch Anstich von Kamern meist schon mit 2000 bis 3000 Mark vollan geht, so hätten schon 100.000 Mark ausgereicht, um zahlreichen Existenzen, die es verdienen, auf die Beine zu stellen. Namentlich handelt es sich dabei um Anseher im Nordbezirk, die wegen der landwirtschaftlichen Tarifpolitik der Ostbahn auf keinen grünen Zweig kommen konnten. Es läßt sich in nicht verkennen, daß die Schaffung eines Kreditinstitutes überaus schwierig ist, weil die südwestafrikanischen Firmen, namentlich wenn sie dazu noch verpfändet sind, keine rechte Verpfändungsgrundlage bieten. Aber nichtsdestoweniger darf sich unteres Erachtens die Kolonialverwaltung nicht auf den Standpunkt stellen, dem Dernburg seinerzeit Ausdruck verliehen haben soll: die Regierung könne sich nicht darum kümmern, wenn einige Hundert Farmer arm werden. Es stehen in diesem Fall denn doch nicht nur rein materielle und rein persönliche Interessen auf dem Spiel, sondern auch die allgemeine koloniale Interessen. Dies hauptsächlich nachzuweisen, ist nicht notwendig, das muß man im Geiste haben. Man sollte meinen, daß der Reichstag sich veranlaßt fühlt, für die in Frage kommenden Landbesitzer zu sorgen. Mit 100.000 Mark ist, wie gesagt, viel zu machen.

In Neu-Guinea sieht ausweislich des Etats der Pfand immer noch Vorteil aus den verprochenen Ausfuhrzöllen auf Plantagenprodukte. Es ist eigentlich bedauerlich, daß man für diese volkswirtschaftlich verordnete Einrichtung, die soviel gebracht hat, nicht anderweitigen Ersatz zu schaffen verstanden hat. Vielleicht bezieht sich der Reichstag jetzt mit dieser Frage.

Auch auf Samoa hat man anscheinend nicht viel Lust, denselben Wirtschaft zu machen und auch dort ähnliche Konflikte hervorzurufen, statt daß man versucht, die Eingeborenen allmählich fester heranzuziehen. Wir verstehen insbesondere nicht, warum man mit solcher Benachteiligung die Einnahmen aus der Kopfsteuer der Eingeborenen der Allgemeinheit entzieht und ausschließlich der sogenannten Eingeborenenverwaltung, in anderen Fragen einer Spielerei, vorbehält. Es wäre jedenfalls nicht notwendig, wenn die Heberschüssel, die erlegt werden, auf diesem unproduktiven Boden zu revidieren. Wenn wir nun einmal Samoa als bestes Land betrachten, so entspricht es keineswegs den Grundbänden politischer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit, wenn die Kosten der Verwaltung der Kolonie ausschließlich vom Mutterlande bzw. der weißen Bevölkerung getragen werden. Denn die Eingeborenenverwaltung ist in der Hauptsache nicht erst zu nehmen, sondern nur eine Konzeption, die der Eitelkeit und Verschwendung der eingeborenen Häuptlinge anheim fällt.

Damit genug für diesmal. Mit diesen Ausführungen sollen nur ein paar kleine Winke für die Etatsberatung gegeben werden.

## Loubet über die deutsch-französischen Beziehungen.

Der frühere französische Präsident Emile Loubet hat mit dem bekannten Schriftsteller Adolphe Brisson vor einiger Zeit eine Unterhaltung über die europäische Politik gehabt, deren Inhalt jetzt in einem Artikel aus Brissons Feder in der „Revue de Paris“ unter der überschriebenen Überschrift „Die Ärkten Europas, Erinnerungen des Herrn Emile Loubet“ wiedergegeben wird. Loubet soll die „Unabhängigkeit“ als ein „Gegensatz der Demokratie“ bezeichnet und weiter einige Belangvollere aber der Form und den Inhalt von England zum ersten geäußert haben und schließlich auf den Deutschen Kaiser zu sprechen gekommen sein. Endlich Neues bietet Herr Loubet eigentlich nicht, auffällig ist nur, daß er gerade jetzt aus seiner Präsidentenzeit erzählt, während er sich bisher in dieser Beziehung sehr zurückhaltend gezeigt hat. Daß Loubet eine deutsch-französische Annäherung begünstigt hat, daß er im Jahre 1906 den Kontakt mit dem Deutschen Kaiser aufgenommen

habe, ist ebenso wenig ein Geheimnis wie die Schlußart der Franzosen nach einer Verständigung über die Vorkriegsbedingungen, natürlich in französischem Sinne. In der Pariser Presse haben die Ausführungen Loubets-Brissons bereits recht unendliche Kommentierungen hervorgerufen. Infolgedessen hat Loubet den Brisson angezogen, indem er die „Agence Havas“ zu der Erklärung ermächtigt hat, daß er entgegen dem Inhalt des veröffentlichten Interviews weder über Ereignisse während seiner Präsidentschaft noch über eine aktuelle Frage der europäischen Politik ein Urteil abgegeben habe. Trotz dieser Abwägung halten wir es aber für die Pflicht der politischen Chronik, von dem Inhalt jenes Artikels, soweit er sich auf den Kaiser bezieht, Kenntnis zu geben.

Brisson hat nach seiner Darstellung im Verlaufe der Unterhaltung Loubet gefragt, ob er (Loubet) persönliche Beziehungen zu Kaiser Wilhelm II. gehabt und ein Zusammenreffen mit dem Deutschen Kaiser gewünscht habe. Herr Loubet erwiderte, er hätte gern ein Zusammenreffen mit dem Kaiser angenommen. Eine solche Entzweiung war fast beschlossene Sache. Es war abgemacht, daß die deutsche und die französische Flotte sich im Jahre 1906 in den italienischen Gewässern treffen sollten. Um jede Zweideutigkeiten zu vermeiden und seinen guten Willen zu zeigen, übernahm Herr Loubet die Initiative auf einem Besuche, den Kaiser Wilhelm ihm bald darauf erwidern sollte. Eine ungeduldige, etwas heftige Gebärde des Kaisers und seine plötzliche Abreise brachten das Projekt zum Scheitern. Loubet bedauert das. Er hätte gewünscht, es müßte seiner Präsidentschaft beschieden gewesen sein, alle Schwierigkeiten zu lösen, alle Streitigkeiten zu mildern. Er hätte sie gern zu einer Wothode des Friedens gestaltet. Der Vorgänger des Präsidenten Fallières fuhr wörtlich fort:

„Ich weiß sehr gut, daß zwischen den Völkern Europas noch keine vollständige und ewigwährende Harmonie herrscht. Aber wenn die Idee des ewigen Friedens auch noch keine offizielle Anerkennung gefunden hat, wenn sie die Völker noch nicht entzweit, so geht der Friedensgedanke dennoch seinen Weg, vollbringt eine langsame, unerbittliche Arbeit und ist fähig, die einstmals trübsten Tragen werden. Seit beinahe vierzig Jahren hat es keinen großen europäischen Krieg gegeben. Das ist ein Erfolg, das ist ein in der Geschichte einzig dastehendes Phänomen. Als man vor einiger Zeit glaubte, Frankreich und Deutschland würden feindselig aneinandergrenzen, als man auf jeder Seite der Grenze bereit war, sich zu schlagen, die Feindschaft, die wir bei dieser Gelegenheit zeigten, machte uns Ehre, konnten wir uns dennoch nicht entschließen, an den Krieg zu glauben. Man weigerte sich, daran zu glauben, man wies den Gedanken an eine Revolte von sich, wo Tausende menschlicher Weisen umgekommen wären. Und Sie sehen, die Befestigung der Verhältnisse hat recht behalten, die schließlich die Klugheit und Vorsicht Wilhelms II., unterstützt von der Erfahrung und der Weisheit des Kaisers von Oesterreich, die Katastrophe vermieden. Bündnisse und Entenzen werden heute nicht mehr zum Zwecke des Krieges, sondern des Friedens geschlossen. Darum beharrt kein Bündnis das andere. Der Friede kann neben der Tripel-Entente bestehen. Das enge Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn hat den Frieden während der böhmischen Krise erhalten und ermöglicht, daß Frankreichs Friedensbestrebungen in Belgrad guten Boden fanden. Ohne den internationalen Frieden zu stören, ohne seine Verbündeten zu verlassen, kann Italien überall die guten Beziehungen pflegen, die seinen Interessen entsprechen. Doch England und England sich einander gegenüber haben, schließlich nicht aus, daß England auch mit Deutschland und Oesterreich gute Nachbarschaft hält, daß es sich mit Oesterreich verständig, wo jeder Völkern wohlverstandenes Interesse eine Verständigung erhofft. Die Idee des Friedens geht ihren Weg. Ich habe Vertrauen in die höhere triumphierende Macht der Idee.“

Wenn Sie, es gibt ein Problem, an dessen Lösung die Ruhe der Welt hängt. Solange Frankreich und Deutschland sich nicht verständigt haben, um kraft gemeinsamen Willens und in freundschaftlicher Weise das Schicksal Elsass-Lothringens zu ordnen, so lange wird ein Zustand der Unvollständigkeit, von leicht erloschenem Gasse weiter gehen, so lange werden keine Wege zum Frieden bestehen. Hat der Kaiser nicht in unzulässigen Reden der Welt seinen unabweislichen Verzicht verhandelt, nichts an der gegenwärtigen Ordnung der Dinge zu ändern? Kann denn, trotz seiner kriegerischen Erklärungen und seiner rauen Unnachgiebigkeit, wird er vielleicht eines Tages, nachdem, morgen sich veranlaßt sehen, daß es tun, was er als ewig unerbittlich bezeichnet hat. Wer weiß, ob nicht in einem Jahre um viele Zeit ein Kontrakt mit federführenden mächtigen Völkern durch die Straßen von Paris nicht? Wer weiß, ob jähre Parisinerinnen dann nicht Wilhelm II. mit Blumen begrüßen? Die Kraft der Verhältnisse, der nicht entrinnt, trägt den Sieg über Menschenwillen davon. Wir werden von einer geheimnisvollen Logik geführt.“

Da Herr Loubet die Unterredung durch sein Dementi bereits der Öffentlichkeit, die ihr möglicherweise hätte zugehört werden können, entzieht hat, erkräftigt sich vorläufig ein weiteres Eingehen auf den Inhalt des Brisson'schen Artikels.

## Deutsches Reich.

**Verordnung sächsischer Gemeinden.** Die ministerielle „Verordnung“ über das Finanz- und Anleihenwesen der sächsischen Gemeinden ist bereits der Stadt Chemnitz vorgewiesen worden. Diese Stadt will eine Anleihe von 700.000 A. aufnehmen, und zwar für den Aufbau der Gasanstalt, die einer Privatgesellschaft gehört, die Modernisierung des Wasserwerks und die Anlage eines Elektrizitätswerks, sowie für den Umbau des Rathauses, der auf 200.000 A. veranschlagt worden ist. Die Finanzlage der Stadt ist sehr ärmlich, sie verliert nach Abzug der Schulden in Höhe von 391.907 A. und eines nicht unbeträchtlichen Vermögens (Schulhäuser und dergl.) über ein nutzbringendes Reinerlösmittel von 2.637.000 A. Es ist also abzuholen keine Gefahr vorhanden, daß sich die Stadt mit der Anleihe übernimmt. Die Anleihenbehörde hätte auch gegen die Kapitalaufnahme für die produktiven Unternehmungen nichts einzuwenden, aber die 200.000 A. für den Rathausumbau beanstandete sie, weil eben die erwünschte Verrechnung für diesen als unproduktiven „Neben“ (Nathaus, Schulhäuser usw.) Anleihen nicht zulassen will. Man soll die hierzu erforderlichen Summen erheben, also aus Steuern herausheben. Die Anleihenbehörde wurde nun vor dem Kreisaußschuß in Weida verhandelt. Dort wendete sich Oberbürgermeister Dr. Schmidt-Blasen sehr entschieden gegen die ministerielle Verordnung. Über seine Ausführungen berichtet das „Amid. Tagebl.“:

Oberbürgermeister Dr. Schmidt hat überaus die angeordnete ministerielle Verordnung für ein Unkraut und erklärt sie offen für ein nutzlos und als Produkt der Staatsrentenverwaltung. Als Verordnung für dieses Produkt überhand zu nehmen, hätte es die Gefahr einer Verschwendung. Auf die Dauer, damit könne man sich aber unendlich im Wege dieser Verordnung stellen, für welche es nämlich als frech zu halten, das würden die beteiligten Ministerien schon sehr bald erkennen. Dann enthalte die Verordnung auch eine grenzenlose Unerschrockenheit. Neben den Städten, die Anleihen erheben, die Anleihen hätten löthare Rathausumbau, die Anleihen erheben, und Anleihen erheben. Wenn man heute ebenfalls vor einem bereits angeordneten Rathausumbau ein Verbot, warum sollen keine Gemeinden sich nicht einmal einen beabsichtigten Umbau leisten können